

Stand: 29.03.2024 06:41:10

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/27

"Expertinnen- bzw. Experten-Anhörung zur Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes in Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Antrag 16/27 vom 28.10.2008
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/323 des SO vom 29.01.2009
3. Beschluss des Plenums 16/557 vom 12.02.2009
4. Plenarprotokoll Nr. 12 vom 12.02.2009

Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote, Renate Ackermann, Dr. Sepp Dürr, Thomas Gehring, Thomas Mütze, Barbara Rütting, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und Fraktion (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**)

Expertinnen- bzw. Experten-Anhörung zur Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die zuständigen Ausschüsse führen gemeinsam eine Expertinnen- bzw. Experten-Anhörung zur Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes in Bayern unter besonderer Berücksichtigung folgender Punkte durch:

- die Unterbringungs- und Versorgungssituation von Asylbewerberinnen, Asylbewerbern und geduldeten Personen in Bayern,
- gesundheitliche Folgen (unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung der Kinder),
- Erfahrungen mit Alternativmodellen in anderen Bundesländern.

Begründung:

Unter Federführung der asyl- und migrationspolitischen Sprecherin hat die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Bayern in der 15. Legislaturperiode sehr erfolgreich eine bayernweite Lagertour, in deren Mittelpunkt die Besichtigung ausgewählter Gemeinschaftsunterkünfte stand, durchgeführt. Dieser lag u.a. eine harsche Kritik des Menschenrechtsbeauftragten des Europarates an der Unterbringung und Versorgung u.a. mit Essenspaketen von Flüchtlingen in Bayern zugrunde, der die Containerunterkunft in der Rosenheimer Straße in München besichtigt hatte. Trotz massiver Kritik in den Medien und einer Aussprache im Sozialausschuss hat sich die Situation kaum gebessert. Forderungen nach umgehender Schließung der Containerunterkünfte wurde bislang nicht nachgekommen.

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern werden in Bayern Asylbewerberinnen, Asylbewerber und Flüchtlinge fast ausschließlich in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht und nach dem Sachleistungsprinzip – u.a. Essenspakete – versorgt. Bayern ist bundesweit Lagerland Nr. 1. In Berlin, Hessen und Niedersachsen werden Flüchtlinge grundsätzlich in privaten Wohnungen untergebracht, bundesweit geht der Trend dahin, dass die Grundleistungen nach § 3 AsylbLG an die Betroffenen als Geldleistungen und eben nicht mehr als Sachleistung ausgezahlt werden. Die Sachleistungen verstoßen gegen die Menschenwürde und sind aufgrund des hohen Verwaltungsaufwands mit finanziellem Mehraufwand verbunden. So zeichnet sich für diejenigen Bundesländer mit den höchsten Sachleistungsquoten (Bayern, Sachsen und Thüringen) ab, dass die Summe der pro Person gezahlten Beiträge nach § 3 AsylbLG (ohne Kosten für die Krankenbehandlung, sonstige Leistungen usw.) überdurchschnittlich hoch war: Sie lag in Bayern 39 Prozent, in Sachsen 24 Prozent und in Thüringen 11 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Während in der Bundesrepublik pro Leistungsempfängerin bzw. -empfänger nach § 3 AsylbLG also durchschnittlich 4.242 Euro im Jahr 2006 für Grundleistungen ausgegeben wurden, betrug dieser Wert im „Sachleistungsland“ Bayern 5.885 Euro (vgl. dazu BT-Drs. 16/9018 vom 30.04.2008, Tabelle Anhang 6).

In der Anhörung sollen nicht nur die Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes in Bayern kritisch hinterfragt werden, sondern die Erfahrungen aus anderen Bundesländern mit humaneren und kostengünstigeren Alternativmodellen vorgestellt werden.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 16/27

Expertinnen- bzw. Experten-Anhörung zur Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes in Bayern

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit führt gegebenenfalls zusammen mit den Ausschüssen für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz, für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit, für Umwelt und Gesundheit und für Eingaben und Beschwerden innerhalb der ersten Jahreshälfte 2009 eine Expertinnen- und Expertenanhörung zur Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes in Bayern unter besonderer Berücksichtigung folgender Punkte durch:

- die Unterbringungs- und Versorgungssituation von Asylbewerberinnen, Asylbewerbern und geduldeten Personen in Bayern
- gesundheitliche Folgen (unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung der Kinder)
- Erfahrungen mit Alternativmodellen in anderen Bundesländern.

Die Fragen laut Nr. 2 und Nr. 3 des Beschlusses des Bayerischen Landtags auf Drs. 16/119 sollen ebenfalls einbezogen werden.“

Berichterstatlerin: **Renate Ackermann**
Mitberichterstatler: **Joachim Unterländer**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit, der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit, der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden und der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 2. Sitzung am 11. Dezember 2008 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat den Antrag in seiner 3. Sitzung am 21. Januar 2009 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt mit der Maßgabe, dass die Worte „für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit“ gestrichen werden.
4. Der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit hat den Antrag in seiner 3. Sitzung am 22. Januar 2009 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
5. Der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden hat den Antrag in seiner 5. Sitzung am 28. Januar 2009 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
6. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Antrag in seiner 4. Sitzung am 29. Januar 2009 mitberaten und einstimmig der Stellungnahme des Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit zugestimmt.

Brigitte Meyer
Vorsitzende

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote, Renate Ackermann, Dr. Sepp Dürr, Thomas Gehring, Thomas Mütze, Barbara Rütting, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 16/27, 16/323

Expertinnen- bzw. Experten-Anhörung zur Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes in Bayern

Der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit führt gegebenenfalls zusammen mit den Ausschüssen für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz, für Umwelt und Gesundheit und für Eingaben und Beschwerden innerhalb der ersten Jahreshälfte 2009 eine Expertinnen- und Expertenanhörung zur Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes in Bayern unter besonderer Berücksichtigung folgender Punkte durch:

- die Unterbringungs- und Versorgungssituation von Asylbewerberinnen, Asylbewerbern und geduldeten Personen in Bayern
- gesundheitliche Folgen (unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung der Kinder)
- Erfahrungen mit Alternativmodellen in anderen Bundesländern.

Die Fragen laut Nr. 2 und Nr. 3 des Beschlusses des Landtags auf Drs. 16/119 sollen ebenfalls einbezogen werden.

Die Präsidentin

I.V.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer

II. Vizepräsident

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 GeschO nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 6)

Ausgenommen von der Abstimmung ist Nummer 1 der Anlage zur Tagesordnung. Die Verfassungsstreitigkeit soll auf Wunsch der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN einzeln beraten werden. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(siehe Anlage 6)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Keine. Stimmenthaltungen? - Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts - Erster Senat - vom 29. Oktober 2008 (1 BvR 2492/08) betreffend Verfassungsbeschwerde gegen das Bayerische Versammlungsgesetz vom 22. Juli 2008 (BayGVBl S. 421)
 PII/G-1320/08-8
 Drs. 16/395 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Der Landtag gibt im Verfahren keine Stellungnahme ab

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat hierzu Einzelberatung gem. § 59 Abs. 8 GeschO beantragt.

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Jugendschutz bei Veranstaltungen der Heimmattreuen Deutschen Jugend e.V. (HDJ)
 Drs. 16/14, 16/351 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit
 zu Nummer 1 des Antrags:

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

zu Nummer 2 des Antrags:

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Expertinnen- bzw. Experten-Anhörung zur Umsetzung des
 Asylbewerberleistungsgesetzes in Bayern
 Drs. 16/27, 16/323 (E) [X]

**Antrag der CSU-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 Satz 3 GeschO:
 Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Kommunale Fragen und
 Innere Sicherheit**

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

4. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Dr. Thomas Beyer, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD), Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Landesentwicklungsprogramm - Sonderflughafen Oberpfaffenhofen:
 Option zum Ausbau und zur Ausweitung des Flugverkehrs zurücknehmen
 Drs. 16/45, 16/398 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur,
 Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Schnelle Bahnverbindungen von Augsburg nach Norden erhalten
 Drs. 16/46, 16/399 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur,
 Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Johanna Werner-Muggendorfer, Christa Naaß u.a. und Fraktion (SPD)
 Bayern, aber gerechter: Rücknahme der Arbeitszeiterhöhung
 Gleichklang zwischen Beamten und Tarifbeschäftigten herstellen
 Drs. 16/108, 16/280 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU **SPD** **FW** **GRÜ** **FDP**
A Z Z Z A

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Jutta Widmann und Fraktion (FW)
Elektronische Übermittlung von betrieblichen Daten
Drs. 16/109, 16/400 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU **SPD** **FW** **GRÜ** **FDP**
Z Z Z Z Z

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Christa Steiger, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD)
Bayern, aber gerechter
Zustimmung Bayerns zum Mindestlohnpaket im Bundesrat
Drs. 16/359, 16/396 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit

CSU **SPD** **FW** **GRÜ** **FDP**
A Z Z Z A